



Liebe Leserin, lieber Leser,

gemeinsam nehmen wir viel auf uns. Erfreulich ist dies leider nicht, aber notwendig. Wir sind überzeugt, dass die Maßnahmen und teils schmerzhaften Einschränkungen helfen, die Pandemie einzudämmen und insbesondere eine Überlastung unseres Gesundheitssystems zu verhindern. Wir sind uns bewusst, dass die Pandemie und die pandemiebedingten Maßnahmen viele Menschen vor große Herausforderungen stellen. Die Angst um die Gesundheit und die berufliche Existenz verunsichern viele Menschen. Gerade in dieser Zeit braucht es Zusammenhalt. Diesen müssen wir gemeinsam organisieren. Dazu gehört es, diejenigen, die besonders von der Pandemie betroffen sind, zu unterstützen und die Gesellschaft durch Dialog und Austausch mitzunehmen.

Die Ereignisse auf den Anti-Corona-Demonstrationen in Leipzig und Berlin haben uns zutiefst erschüttert. Es ist grob fahrlässig, wenn sich tausende Menschen auf engstem Raum versammeln und dabei weder Abstand halten noch Alltagsmasken tragen. Deswegen fordern wir: Abstand halten zu Extremisten! Die Versammlungsfreiheit ist ein

hohes Gut für jede Demokratie.

Wer gemeinsam mit Neonazis und Corona-Leugnenden auf die Straße geht, unterstützt das Anliegen von Extremisten und gefährdet damit ebendiese Demokratie. Das schmerzt besonders in den Tagen um den Jahrestag des Novemberpogroms vom 9. November 1938.

Umso erfreulicher ist das Wahlergebnis in den USA: Ein populistischer und rassistischer Antidemokrat wurde abgewählt. Zwar versucht Trump mit allen Mitteln das Wahlergebnis in Zweifel zu ziehen, allerdings ist das demokratische System in den Staaten robust genug, um diesen Angriffen standzuhalten. Mit dem designierten Präsidenten Joe Biden kündigt sich darüber hinaus eine Entspannung der transatlantischen Beziehungen an. Es können wieder Verlässlichkeit sowie diplomatische und vertrauensvolle Gespräche auf Augenhöhe erwartet werden.

Bleiben Sie gesund!

Herzliche Grüße

IN DIESER AUSGABE

Beschlossen: Niedersächsischer Weg.
Seite 4

**In eigener Sache: Erster digitaler
Landesparteitag der SPD NDS.** Seite 7

+++ HINWEIS LANDTAGSFAHRTEN +++

Aufgrund der aktuellen Situation können wir noch nicht sagen, wann wir wieder Landtagsfahrten anbieten werden. Wir freuen uns bereits jetzt schon, Sie wieder in Hannover begrüßen zu dürfen.



AUS DEM LANDTAG

Plenum vom 10. bis 11. November 2020

Entwurf eines Gesetzes zu den Verträgen zur Änderung der Verträge zwischen dem Land Niedersachsen und dem Landesverband der jüdischen Gemeinden von Niedersachsen sowie dem Landesverband Israelitischer Kultusgemeinden von Niedersachsen

Die jüdischen Gemeinden erhalten eine höhere finanzielle Unterstützung. Die Sicherheit und das Sicherheitsempfinden unserer jüdischen Mitbürger*innen zu stärken, ist ein ganz wichtiges Ziel der Landesregierung.

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Bauordnung sowie zur Erleichterung der Schaffung von Wohnraum

Die mit dem Gesetzentwurf beabsichtigte Änderung der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) und das neue Niedersächsische Gesetz zur Erleichterung der Schaffung von Wohnraum (NES-WoG) sollen den Wohnungsbau in Niedersachsen stärken und somit der Wohnungsnot entgegenwirken. So kann auch ohne die Ausweisung von Neubaugebieten zusätzlicher Wohnraum in bereits erschlossenen Gebieten geschaffen werden. Dies soll ebenso wie die weiteren Maßnahmen zu einer Reduzierung der Baukosten führen. Zudem soll durch eine Angleichung der niedersächsischen Regelungen an die Musterbauordnung eine leichtere Transparenz der Regelungen und eine damit einhergehende Vereinfachung der Rechtslage erfolgen. Mit der Typengenehmigung wird angestrebt, insbesondere den Bau von Mehrfamilienhäusern in der Genehmigungsphase zu beschleunigen und kostengünstiger zu bauen.

Für ein vernünftiges Miteinander von Mensch und Wolf – Umsetzung am Beispiel des französischen Modells zum Wolfsmanagement in Deutschland

Der signifikante Anstieg der Wolfspopulation in den unterschiedlichsten Regionen Deutschlands führt zu neuen Herausforderungen im Umgang mit dem Wolf sowie für das Miteinander von Mensch und Natur in den betroffenen Regionen. Insbesondere das Vordringen von Wölfen in dicht besiedelte Regionen und die vermehrten Übergriffe auf Nutztiere verstärken die Besorgnis innerhalb der örtlichen Bevölkerung und gefährden die Akzeptanz gegenüber dem Wolf. Um diese Akzeptanz gegenüber dem Wolf nicht zu gefährden, müssen die Sorgen und Ängste der Menschen im ländlichen Raum stärker berücksichtigt werden. Daher bedarf es einer wissenschaftlichen, datenbasierten, ideologiefreien und pragmatischen Herangehensweise hin zu einem effizienten Wolfsmanagement.

Vor diesem Hintergrund bittet der Landtag die Landesregierung, die aktuelle Anzahl an Individuen aller in Deutschland lebenden Wölfe besser abzubilden und auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass anlehnend an die französische Methodik zur Wolfszählung die nationalen Monitoringstandards angepasst werden.

Nähere Informationen und weitere Themen des Plenums finden Sie auf den Seiten des Niedersächsischen Landtags.



AUS DEM LANDTAG

Naber: Nachhaltige Hilfen für die Kultur- und Kreativbranche schaffen

Die letzten Monate haben die Kultur- und Kreativbranche vor große Herausforderungen gestellt. Abgesagte Konzerte und Großevents, geschlossene Museen und verschobene Workshops haben auch niedersächsische Kreative plötzlich ihrer Existenzgrundlage beraubt.

Bund und Land haben bereits wichtige Anreize und Fördermöglichkeiten geschaffen. Doch nicht wenige Künstlerinnen und Künstler fallen momentan durch alle Raster: Als Soloselbstständige zahlen sie nicht in die gesetzliche Arbeitslosenversicherung ein und können damit auch kein Kurzarbeitergeld erhalten. Der erleichterte Zugang zur Grundsicherung funktioniert nicht in allen Jobcentern und hilft nur denen, die noch keine ausreichende Altersvorsorge getroffen haben.

Vielen droht noch dazu eine Rückzahlung bereits erhaltener Fördergelder, weil Projekte nicht wie geplant durchgeführt werden konnten. Dazu müssen wir Rechtssicherheit schaffen. Beteiligte an einem Theaterstück beispielsweise mussten für die Proben bereits bezahlt werden, auch wenn sie im Sommer deutlich weniger Aufführungen umsetzen konnten als geplant. Wir müssen unbedingt verhindern, dass diese Menschen für ihren Einsatz finanziell bestraft werden!

Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, die Sozialversicherungssysteme weiter zu entwickeln. Diese Systeme haben sich zwar in Zeiten der Pandemie bewährt, aber mehr Menschen sollten, wenn sie es denn wollen,

daran partizipieren können. Dazu gehören für uns ausdrücklich auch die Soloselbstständigen. Digitale Formate funktionieren für Büromeetings, gemeinsame Kaffeepausen und sogar Landesparteitage – es wird Zeit, dass wir sie auch in der Kulturszene fördern. Denn sie bieten die Chance, neue Zielgruppen anzusprechen und die Beteiligung an kreativen Formaten in der gesamten niedersächsischen Gesellschaft zu ermöglichen. So können wir die leider nötigen Einschränkungen nutzen, um innovative Ideen zu fördern. Es wird Zeit, die gegebenen Fördermaßnahmen zu ergänzen.

Die bisherigen Hilfen kann man als Akutprogramme verstehen, als Maßnahmen, den dringendsten Bedarfen gerecht zu werden. Wir wollen aber nicht nur das Nötigste leisten, sondern aktiv eine Zukunftsperspektive und Sicherheit für die Kultur- und Kreativbranche schaffen. Es kann nicht angehen, dass lebens- und gesellschaftsrelevante Berufsgruppen im Alter, oder wie jetzt in Krisenzeiten, existenzielle Probleme bekommen. Wir wollen Künstlerinnen und Künstlern nicht nur helfen, sondern sie wertschätzen. Wir können und wollen auf ihren Beitrag nicht verzichten.

Die komplette Rede finden Sie **hier**. Die Aufnahme der Rede finden sie **hier**. Es gilt das gesprochene Wort.



AUS DEM LANDTAG

Beschlossen: Niedersächsischer Weg

Der Niedersächsische Weg ist eine Vereinbarung zwischen Landwirtschaft, Naturschutz und Politik für den Natur-, Arten- und Gewässerschutz. Nachdem der Vertrag im Mai unterzeichnet wurde, berieten die Beteiligten intensiv über die konkreten zu treffenden Maßnahmen. Im Novemberplenum des Landtages beschlossen die Abgeordneten nun einstimmig die entsprechenden Rahmengesetze, die sich unter anderem auf das Gewässerschutz-, Naturschutz- und Waldrecht beziehen.

„Der Niedersächsische Weg ist ein Erfolg für die Demokratie“, so Hanna Naber. „Olaf Lies konnte alle Betroffenen an einen Tisch bringen und einen gemeinsamen Kompromiss ausarbeiten und ich hoffe, dass dieses Beispiel Schule machen wird.“

„Das Erfolgsgeheimnis des Niedersächsischen Weges sind die Verhandlungen auf Augenhöhe. Alle Beteiligten sind sich als Partner und Partnerinnen begegnet und haben für die jeweiligen Interessen und Belange Verständnis gezeigt“, ergänzt Ulf Prange.



Praktikum in Corona-Zeiten

Liebe Leser*innen des roten Briefs,

mein Name ist Fynn Jasper Schulze und ich durfte im Rahmen meines Studiums der Fächer Politik-Wirtschaft und Anglistik (mit dem Ziel Lehramt) im Oktober ein dreiwöchiges Praktikum bei Ulf Prange absolvieren, um einen Einblick in die politische Arbeit zu erhalten. Im Verlaufe dieser drei Wochen hatte ich die Chance, vielfältige Einblicke



in die Landes- und Kommunalpolitik sowie in die tägliche Arbeit eines Wahlkreisbüros zu sammeln. In Hannover konnte ich an der Sitzung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen und des Unterausschusses Medien als Zuschauer teilnehmen. Die Rolle von Herrn Prange als Fraktionssprecher für Rechts- und Verfassungsfragen bot mir einen besonderen Einblick.

Während des Oktoberplenums verbrachte ich vier Tage in Hannover, um Debatten, Lesungen und Regierungserklärungen mitzuerleben. Zusätzlich zu diesem weit gefächerten Einblick in die Landespolitik war ich aber auch bei kommunalpolitischen Tätigkeiten mit dabei, welche neben Terminen mit Institutionen, Verbänden, Bürgervereinigungen und politischen Interessensgruppen auch eine Sitzung des Stadtrates beinhaltete. Durch all diese vielfältigen und umfangreichen Erfahrungen, die ich über den Verlauf der drei Wochen sammeln durfte, auch in Pandemiezeiten, habe ich einen tiefen Einblick und ein verbessertes Verständnis für die gelebte politische Praxis erhalten können. Abschließend bleibt mir nur noch eines zu sagen: Danke für die großartige Organisation, die wertvollen Erfahrungen und die schönen Momente.



AUS DEM LANDTAG

Haushaltsklausur der SPD-Fraktion vom 16. bis 17. November 2020

Die niedersächsischen Regierungsfractionen von SPD und CDU haben am Dienstag ihre Schwerpunkte für den Haushalt 2021 vorgestellt. Die sogenannte „politische Liste“ der Fraktionen umfasst einen Maßnahmenkatalog von rund 20 Millionen Euro für das Haushaltsjahr 2021.

Mit den Mitteln der politischen Liste investieren wir gemeinsam in den sozialen Zusammenhalt in Niedersachsen. Dabei werden wichtige Maßnahmen im Bereich der Pflege, des ländlichen Raums, der Kultur, der Stärkung der Demokratie sowie der Sicherheit und Infrastruktur weiter gestärkt. Wir wollen Niedersachsen auch für das kommende Jahr zukunftsstark und krisenfest aufstellen.

Das Ehrenamt ist eine der zentralen Säulen der niedersächsischen Gesellschaft. Ohne bürgerschaftliches Engagement würden vor Ort viele Strukturen zusammenbrechen. Nachdem wir im Landtag in diesem Jahr bereits eine Enquetekommission zur Stärkung des Ehrenamts eingerichtet haben, wollen wir nun für die Förderung des Ehrenamts weitere finanzielle Mittel bereitstellen. Dies ist nur ein erster Baustein, aber gemeinsam mit den Ergebnissen der Kommission werden wir uns für das bürgerschaftliche Engagement in Niedersachsen weiter stark machen. Weitere Mittel aus der politischen Liste fließen in den Ausbau von Kinderschutzzentren und in Projekte des gemeinschaftlichen Wohnens sowie des Wohnens im Alter. Dies sind Beiträge, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Bundesland zu stärken. Weiter 4 Millionen Euro werden für das Programm Zukunftsräume zur Verfügung gestellt. Damit wollen wir kleinen und mittleren Städten in Niedersachsen, die durch die Corona-Pandemie in Schwierigkeiten geraten sind, unter die Arme greifen und so den ländlichen Raum stärken.

Die Pandemie führt dazu, dass wir Wirtschaft und Infrastruktur auf unterschiedlichen Wegen fördern müssen. Wir investieren

1,5 Millionen Euro für ein Fahrradmobilitätskonzept und leisten damit zugleich auch einen Beitrag zum Klimaschutz. Die Mittel zum Erhalt der Landstraßen erhöhen wir um weitere 1,5 Millionen Euro. Die Förderung und Sicherung regionaler Wertschöpfung im Bereich des Landwirtschaftsministeriums wird mit 850.000 Euro unterstützt.

Die Kultur leidet besonders unter der Krise. Theater sind geschlossen, Kabarets können ebenso wenig vor Zuschauern spielen, wie auch Lesungen nicht mehr stattfinden können. Von den Schließungen sei dann auch zwangsläufig die Veranstaltungsbranche betroffen. Wir werden der Szene unter die Arme greifen und kleine und mittlere Kultureinrichtungen sowie Spielstätten mit einem Investitionsprogramm in Höhe von 2,5 Millionen Euro unterstützen. Dazu kommen noch Förderungen für den Landesverband Kunstschulen und ein Pilotprojekt Digitalisierung am Staatstheater Braunschweig.

Demokratie braucht politische Bildung. Unsere Gesellschaft braucht ein festes demokratisches Fundament. Hierfür ist politische Bildung ein wichtiger Schlüssel. Sie kann ein wichtiger Bestandteil im Kampf gegen Rassismus, Extremismus und auch gegen Hass im Netz sein. Wir wollen daher die politische Bildung in unserem Bundesland mit zusätzlichen Mitteln von mehr als 1,2 Millionen Euro stärken und beispielsweise die Landeszentrale für politische Bildung in Niedersachsen fördern.

Wir haben uns entschlossen, den Bereich der Justiz weiter zu stärken. Dazu gehört für uns auch die Sicherheit in Gerichten und Staatsanwaltschaften, und wir investieren knapp 1,4 Millionen Euro in diesen Bereich. Der Landespräventionsrat erhalte Zuschüsse in Höhe von 150.000 Euro für die Prävention von sexuellem Missbrauch. Die Straffälligenhilfe stocken wir um 400.000 Euro auf und verbessern somit die Maßnahmen zur Resozialisierung von Straftätern in die Gesellschaft.



Haushaltsklausur der SPD-Fraktion vom 16. bis 17. November 2020

Hier finden Sie die einzelnen Positionen:



Politische Liste Haushalt 2021 (Summe: 20.503.000 EUR)



Stärkung des Ehrenamtes, der Kultur & sozialer Einrichtungen		Stärkung der Kommunen & der ländlichen Räume		Stärkung der Demokratie & starker Staat	
Investitionsförderung: Wohnen im Alter (MS)	1.000.000	Aufstockung Zukunftsraume Niedersachsen (MB)	4.000.000	Erhöhung Projektmittel Landeszentrale Politische Bildung (MWK)	300.000
Senioren- und Pflegestützpunkte, sowie Wohnberatung und neue Wohnformen (MS)	170.000	Aufstockung Richtlinie Qualität im Kita-Bereich - dualisierte Ausbildung (fMK)	750.000	Stärkung Politische Bildung (MK)	990.000
Zuschüsse an Familienentlastende Dienste (MS)	300.000	höherer Mittelansatz Erhaltung Landesstraßen (MW)	1.500.000	Erhöhung Programmmittel: Polizeischutz für die Demokratie (M)	200.000
Erhöhung Landesblindengeld (MS)	370.000	Fahrradrobustheitskonzept (MW)	1.500.000	Initiative Arbeiterkind (MWK)	75.000
Aufbau 5. Kinderschutzzentrum (MS)	500.000	Beratung Kommunen bei Konflikten in der Planung von Windkraftanlagen (MU)	200.000	Sicherheit in Gerichten & StA (MU)	1.336.000
Förderung Special Olympics und Förderung von Integration im und durch den Sport (MI)	650.000	Unterstützung von Kommunen im Endlagerstandort-Suchprozess (MU)	600.000	Aufstockung Täter-Opfer-Ausgleich (MU)	150.000
Förderung Ehrenamt - Ergebnisse der Enquetekommission umsetzen (MS)	462.000	Förderung & Sicherung regionaler Wertschöpfung im ländlichen Raum (ML)	850.000	Aufstockung Straffälligenhilfe (MU)	400.000
Erhöhung der Zuschüsse an die Aids-Hilfe (MS)	80.000	Projektförderung Flächenmanagement zum Hochwasserschutz (fMU)	200.000	Zuschüsse Landespräventionsrat: Prävention sexueller Misbrauch (MU)	150.000
Investitionsprogramm kleine & mittlere Kultureinrichtungen und Förderung von Spielstätten (MWK)	2.500.000	Pilotprojekt Abwasseranfertigung - Mikroplastik (fMU)	200.000	Erwerb von Geräten, Programmen & Lizenzen zur Informationstechnik - Homeoffice (MF)	500.000
Projektförderung Landesverband Kunstschulen (MWK)	150.000	Erhöhung Zuschuss LABÜN (MU)	250.000		
Pilotprojekt Digitalisierung am Staatstheater BS (MWK)	20.000	Förderung Tierschutz (ML)	150.000		
	6.202.000		10.200.000		4.101.000



In eigener Sache

Erster digitaler Landesparteitag der SPD Niedersachsen am 24.10.2020

Die Corona-Pandemie ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die jedoch auch Chancen für Neues eröffnet und kreative Lösungen insbesondere der Digitalisierung der Arbeit notwendig macht. Unter aktuellen Verordnungen sind zwar Parteiveranstaltungen in Präsenz möglich, allerdings haben Parteien auch eine Vorbildfunktion. Dieser ist der SPD Niedersachsen nachgekommen, indem sie auf der einen Seite ihren gesellschaftlichen Auftrag zur politischen Willensbildung wahrgenommen hat und auf der anderen Seite mit einer digitalen Lösung dem Infektionsschutz gerecht geworden ist. Die Veranstaltung in der angemieteten Halle wurde live gestreamt. Die Delegierten und interessierte Zuschauer*innen konnten dem



Parteitag virtuell beiwohnen. Die Redebeiträge der Delegierten waren für alle zu hören und zu sehen. Auch Ministerin Dr. Carola Reimann, Ministerin Birgit Honé, Minister

Grant Hendrik Tonne, Minister Boris Pistorius und Minister Olaf Lies wurden virtuell zugeschaltet. Als Hauptredner*innen vor Ort waren unter anderem die kommissarische Generalsekretärin der SPD Niedersachsen, Hanna Naber, der Landesvorsitzende der SPD Niedersachsen, Stephan Weil, die Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Hanne Modder und der Bundeskanzlerkandidat der SPD, Olaf Scholz. Der Leitantrag „Zusammen und erfolgreich durch die Pandemie“, wurde in leicht geänderter Fassung angenommen. Ein Schwerpunkt ist der Erhalt einer stabilen Gesundheitsversorgung in der Stadt und

insbesondere auf dem Land. Darüber hinaus soll mit Blick auf die Digitalisierung und den Klimaschutz die gesellschaftliche Transformation sozial gerecht gestaltet werden. Zentral dabei ist der Ausbau von Aus- und



Weiterbildungsmaßnahmen, flächendeckende Tarifverträge, insbesondere in der Pflege sowie eine aktive Wirtschaftspolitik. Mehrdad Payandeh, Vorsitzender des DGB-Bezirks Niedersachsen- Bremen – Sachsen-Anhalt bedankte sich in seiner Rede für die gute Zusammenarbeit und betonte die traditionelle Verbundenheit zwischen Gewerkschaften und der SPD. Auch der Leitantrag wurde vom DGB-Vorsitzenden sehr begrüßt

Mit Blick auf entgrenzte Mietpreise ist der soziale Wohnungsbau eine elementare Antwort. Dazu wurde auf dem digitalen Parteitag die Forderung nach einer Landeswohnungsbaugesellschaft nochmals untermauert. Weitere Beschlüsse betreffen zum Beispiel die eine mögliche Studie zu Polizeigewalt und ein bundesweites Verbot von Reichkriegsflaggen.

Den digitalen Landesparteitag gibt es auch **hier** zum Nachschauen.

Fotos: Stephan Guthahn



AUS OLDENBURG

Die Zukunft der Mobilität - FES-Online-Veranstaltung mit Ulf Prange

Online-Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), Einführung und Podiumsdiskussion mit Ulf Prange. "Die Zukunft der Mobilität - Auch eine Frage der Teilhabe und Gerechtigkeit!"

Die Forderung nach einer Verkehrswende wird vor dem Hintergrund der spürbaren Auswirkungen des Klimawandels zunehmend lauter formuliert. Probleme im Zusammenhang mit dem steigenden Autoverkehr, wie Lärm, Luftschadstoffbelastung und Sicherheit, verstärken diese Forderung besonders in urbanen Zentren. Der ÖPNV könnte als Alternative zum PKW fungieren, ist jedoch vielerorts sehr teuer und weist gerade in ländlichen Regionen ungünstige Verbindungen auf.

Die Zukunft der Mobilität muss daher diskutiert werden. Obgleich der Handlungsbedarf groß ist, gilt es die Verkehrswende so zu gestalten, dass sie mit einer gerechten Verteilung des Beitrags zur Bekämpfung des Klimawandels einhergeht. Eine Regulierung über den Preis als ausschließliches Steuerungselement wäre ungerecht. Mobilität darf nicht zum Luxusgut werden. Sie muss für einen jeden Menschen möglich sein. Denn Mobilität ist die Voraussetzung für Teilhabe.

Doch wie gelingt es, die Verkehrswende einerseits sozial gerecht und andererseits nachhaltig zu gestalten? Wie kann eine klimagerechte Mobilität Aspekte der Teilhabe und Bezahlbarkeit adäquat berücksichtigen? Welche Lösungsansätze liegen vor und wo gibt es Potenziale? Diese und weitere Fragen wurden in einer Online-Veranstaltung der FES gemeinsam diskutiert.



Während der Podiumsdiskussion waren neben Ulf Prange auch Isabelle Ehrhardt, Clustermanagerin beim Oldenburger Energiecluster OLEC e.V. sowie Katja Diehl, Mitglied im Bundesvorstand des Verkehrsclubs Deutschland und Prof. Dr. Stephan Rammler, wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Transportation Design, im Gespräch mit der Moderatorin Cosima Schmitt, Journalistin und ZEIT-Autorin.

Ulf Prange wirbt für eine Neuaufteilung des innerstädtischen Verkehrsraums. Dem Radverkehr, insbesondere E-Bikes und Lastenfahrrädern, müsse mehr Beachtung geschenkt werden. Bund und Länder sollten die Kommunen mehr unterstützen, um den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) attraktiver gestalten zu können.

Weitere Veranstaltungen der FES finden Sie hier.



AUS OLDENBURG

Im Austausch mit Hörforschern

Hanna Naber und Ulf Prange waren zu Besuch im Fraunhofer Institut für Digitale Medientechnologie (IDMT), um einen Einblick in die neuesten Forschungs- und Entwicklungsprojekte zu bekommen.

Dabei ging es um aktuelle Forschungsfelder. Das hörende Auto erkennt das Martinshorn, per App besser sprechen lernen, das mobile Schlaflabor für zu Hause, mit Sprache dokumentieren und Geräte steuern sind nur einige der Dinge, die bald möglich sind.

Weiter haben sich die Abgeordneten zu der in Abstimmung mit dem Ministerium für Wissenschaft und Kultur auf den Weg gebrachten Ausbauplanung für den Standort Oldenburg informiert.



Im Gespräch mit Herrn Prof. Kollmeier und Herrn Dr. Appell
Foto: Fraunhofer IDMT/Marie Fleßner

Justiz erhält Mittel



Zur Verbesserung der Eingangssituation an mehreren Justizstandorten und zum Ausbau des Digitalfunks im Justizvollzug stellen die Regierungsfractionen knapp 1,4 Mio. Euro aus ihrer politischen Liste zur Verfügung. Daraus erhält das Landgericht Oldenburg knapp 100.000 Euro für die bauliche Verbesserung der Sicherheit im Eingangsbereich des Gerichtsgebäudes. „Unser Ziel muss sein, die Beschäftigten in der Justiz, die für Gerechtigkeit und Sicherheit sorgen, auch bestmöglich bei ihrer Arbeit zu schützen.“ betont Prange.

Darüber hinaus wird der Justizbereich durch weitere Aufstockungen für die Straffälligenhilfe mit 400.000 Euro und für den Täter-Opfer-Ausgleich mit weiteren 150.000 Euro gestärkt. „Die Anlaufstellen für Straffällige und die Träger des Täter-Opfer-Ausgleichs tragen mit ihrer wichtigen Arbeit zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.“ betont Prange. „Von der Aufstockung der Landesmittel profitieren auch zwei Oldenburger Einrichtungen, die von der Diakonie in Oldenburg betriebene Anlaufstelle für Straffällige und der Verein Konfliktschlichtung, der in Oldenburg den Täter-Opfer-Ausgleich durchführt.“ so Prange weiter.



FÜR OLDENBURG

SPD fordert Sonderhaushalt für Co-Finanzierungen - Naber und Prange setzen sich für Sanierung von Oldenburger Gebäuden ein

Im ganzen Land Niedersachsen gibt es einen hohen Sanierungsbedarf bei Landesliegenschaften und die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel reichen nicht aus. In Oldenburg betrifft dies das Landesmuseum, das Staatsarchiv und den ehemaligen Pferdestall.

Hanna Naber und Ulf Prange sind zu allen drei Vorhaben im Austausch mit den Einrichtungen vor Ort und haben sich auch in Hannover für eine Umsetzung bzw. Beschleunigung der Vorhaben stark gemacht.

Die SPD-Fraktion hat sich in den letzten Jahren dafür stark gemacht, Haushaltsüberschüsse für Investitionen zu nutzen, um bei der Sanierung von Landesliegenschaften voranzukommen. "Unser Koalitionspartner hat sich dafür eingesetzt, die Mittel zur Schuldentilgung zu nutzen. Durch die Corona-Pandemie hat sich die Haushaltslage grundlegend verändert, sie hat die Handlungsspielräume stark eingeschränkt." so Hanna Naber.

Für das Staatsarchiv gibt es ein Sanierungskonzept. Mit der Umsetzung wurde bereits begonnen, die Villen wurden saniert. "Auf unsere Nachfrage im Finanzministerium wurde uns mitgeteilt, dass die Bauunterhaltung grundsätzlich dem Staatlichen Baumanagement (SBN) obliege. Mittelfristig solle hier eine umfassende Fassadensanierung stattfinden. In diesem Zusammenhang haben wir bereits die Forderung nach mehr Personal im staatlichen Baumanagement an den Finanzminister gestellt. Wir setzen uns hier für eine Optimierung und Beschleunigung ein." sagt Ulf Prange.

Beide Abgeordneten sind sich einig, dass die Sanierung des Pferdestalls neben dem Prinzenpalais nicht nur aus



städtebaulicher Sicht erforderlich ist, sondern auch den Archivbedarf des Landesmuseums lösen würde.

Für das Landesmuseum haben die örtlichen Bundestagsabgeordneten bereits Haushaltsmittel eingeworben. Das Land ist nun in der Pflicht, die Co-Finanzierung sicherzustellen. "Dazu brauchen wir dringend einen Sonderhaushaltstitel für Co-Finanzierungen, den wir als SPD-Landtagsfraktion bereits gefordert haben und spätestens im nächsten Haushaltsjahr umsetzen wollen." erklärt Ulf Prange. "Auch hier werden wir beim Minister für Wissenschaft und Kultur weiter Druck machen. Hartnäckigkeit zahlt sich aus. Gemeinsam mit den Kollegen aus Stadt und Region konnten wir in den letzten Jahren erhebliche Mittel nach Oldenburg holen, bspw. für das Staatstheater, die Landesbibliothek, den IT-Campus und zuletzt auch für die Universitätsmedizin." ergänzt Hanna Naber.



FÜR OLDENBURG

Landesregierung rückt Grundbildung in den Fokus

Das Land Niedersachsen beschäftigt sich in Zukunft verstärkt damit, die Grundbildung in der Bevölkerung zu verbessern. Wie Hanna Naber und Ulf Prange aus dem Ministerium für Wissenschaft und Kultur erfahren haben, wurde dafür ein breites Bündnis gegründet.

„Um die Grundbildung insgesamt zu verbessern, ist ein solcher, vielschichtiger Ansatz zwingend nötig“, so Naber. „Einzelne Träger konnten bereits erfolgreiche Projekte erarbeiten, wie beispielsweise die Lernsoftware Beluga der VHS Oldenburg zeigt. Nun gilt es, die gewonnenen Erfahrungen auszutauschen und gemeinsam an einem möglichst breiten Angebot zu arbeiten.“

Zwölf Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sind laut der aktuellen Leo-Studie 2018 von funktionalem Analphabetismus betroffen. Das heißt: Sie können unzureichend lesen und schreiben. Diese Fähigkeiten sind jedoch elementar, um am gesellschaftlichen Leben problemlos teilzuhaben und im Berufsleben gut zurechtzukommen.

„Eine fehlende Grundbildung steht den meisten Betroffenen im Alltag und auch beruflich im Weg“, so Prange. „Es ist gut aber auch notwendig, dass sich so viele unterschiedliche Akteure gemeinsam an einen Tisch setzen, um die Angebotsstruktur endlich auszubauen.“

Die Bündnispartner haben sich gemeinsam das Ziel gesetzt, Menschen mit unzureichender Grundbildung durch geeignete Initiativen und Maßnahmen zur besseren beruflichen, sozialen und ökonomischen Teilhabe zu befähigen. So steht es in der gemeinsamen Erklärung, die bereits unterzeichnet wurde.

In einem nächsten Schritt wird ein Arbeitsprogramm entwickelt, mit dem die Ziele konkretisiert und spezifische Vorhaben definiert werden. Parallel starten die Entwicklung eines Logos sowie die Erstellung einer zentralen Homepage.

Bessere Nachwuchsgewinnung für Professuren

Hochschule Wilhelmshaven/Oldenburg/Elsfleth erhält Unterstützung aus dem Bund-Länder-Programm zur Förderung der Nachwuchsgewinnung. Sie konnte mit ihrem Projekt JADEPROF überzeugen.

„Die Förderung ist ein wichtiger Erfolg und eine weitere Stärkung des Hochschulstandorts Oldenburg“, so Prange. Naber ergänzt: „In der Wirtschaft und auch an Hochschulen fehlt leider oft der qualifizierte Nachwuchs, deswegen ist die Förderung sehr zu begrüßen.“

Insgesamt vier Niedersächsische Fachhochschulen haben sich erfolgreich um das Bund-Länder-Programm zur Förderung der Nachwuchsgewinnung im Bereich der Fachhochschulprofessor*innen beworben. In der ersten Bewilligungsrunde werden damit voraussichtlich in den kommenden sechs Jahren bis zu 22,4 Millionen Euro aus diesem Programm nach Niedersachsen fließen. Neben der Hochschule Wilhelmshaven/Oldenburg/Elsfleth konnten auch die Hochschule Hildesheim/Holzwinden/Göttingen, die Hochschule Osnabrück sowie die Ostfalia mit ihren Konzepten überzeugen. Die Konzepte sind zugeschnitten auf die fachlichen Bedarfe der Hochschulen in den jeweiligen Regionen und Standorten. Die Hochschulen können damit flächendeckend ihr Profil als Arbeitgeber zukunftsweisend stärken und das Berufsbild des Professors oder der Professorin an einer Fachhochschule sichtbar machen.

Die Projekte gehen im kommenden Jahr an den Start. Die Hochschulen Emden/Leer und Hannover werden sich in der zweiten Förderrunde des Programms, die ab 2022 vorgesehen ist, mit ihren Konzepten beteiligen. Die Laufzeit beträgt insgesamt acht Jahre. Das Programm zur Nachwuchsgewinnung im professoralen Bereich an Fachhochschulen wird auf der Basis einer Bund-Länder-Vereinbarung zu 71% vom Bund und zu 29 % von den Ländern finanziert.



FÜR OLDENBURG

Schnelle finanzielle Hilfe für gemeinnützige Organisationen

Wie Hanna Naber und Ulf Prange aus dem SPD-geführten Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung erfahren haben, können gemeinnützige Organisationen ab sofort einen Schnellkredit bei der Niedersächsischen NBank beantragen.

„Wenn Einnahmen oder Spenden ausbleiben, können vielerorts laufende Kosten nicht mehr gedeckt und notwendige Investitionen nicht mehr getätigt werden!“, schildert Prange.

Niedersachsen lässt jene gemeinnützigen Organisationen während dieser schweren Krise nicht im Regen stehen. „Zur Deckung von Liquiditätsengpässen oder gar zur Verhinderung des vollständigen Liquiditätsausfalls können Organisationen ab sofort den „Niedersachsen-Schnellkredit Gemeinnützige Organisationen“ bei der NBank beantragen.“, weist Hanna Naber hin.

Der SPD-Fraktion ist die Sicherung der sozialen Landschaft ein wichtiges Anliegen. „Wir wollen die Strukturen vor Ort erhalten, welche durch die Corona-Pandemie in Gefahr sind. Es geht darum, dass wir den gemeinnützigen Sektor, der einen so wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in unseren Städten und Gemeinden leistet, in dieser schweren Zeit unterstützen, erklärt Prange.

Ziel sei es, die Folgen der COVID-19-Pandemie abzumildern: „Uns ist wichtig, dass nicht nur Unternehmen von den wirtschaftlichen Hilfen während der Corona-Krise profitieren. Es ist ein wichtiges Signal für das Gemeinwesen, dass nun auch gemeinnützige Organisationen und soziale Einrichtungen Kredite mit günstigen Refinanzierungsmöglichkeiten aufnehmen können, um die so wichtige gesellschaftliche Arbeit in der aktuellen Zeit fortsetzen zu können, ergänzt Naber.“

Nähere Informationen und Möglichkeiten zur Antragstellung erhalten Sie hier - über den Link zur NBank.

Land fördert Sanierung der Sporthalle an der IGS Kreyenbrück

Niedersachsens Umwelt- und Bauminister Olaf Lies hat die Mittel aus dem „Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten“ freigegeben. Das Land fördert aus dem Förderprogramm 21 Maßnahmen mit einem Volumen von rund 16,9 Millionen Euro. Die Maßnahmen werden mit einem Zuschuss aus Bundes- und Landesmitteln bis zu einer Höhe von 90 Prozent der förderfähigen Gesamtkosten unterstützt.

Wie Hanna Naber und Ulf Prange aus dem Ministerium erfahren haben, erhält die Stadt Oldenburg aus dem Programm Fördermittel in Höhe von 2,68 Millionen Euro für die Sanierung der Sporthalle an der IGS Kreyenbrück.



„Der neue Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten ist ein wichtiger Baustein bei der Unterstützung der Städte und Gemeinden während der Corona-Pandemie. Mithilfe der Förderung können notwendige Maßnahmen zum Erhalt sowie zur Erweiterung von Sportstätten umgesetzt werden. Als Teil der sozialen Infrastruktur spielen Sportstätten eine besonders wichtige Rolle für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die soziale Integration und die Gesundheit der Bevölkerung.“ erklären dazu Naber und Prange. „Dass die Stadt Fördermittel in dieser Größenordnung erhält, ist eine gute Nachricht für den Schul- und Vereinssport in Oldenburg.“ zeigen sich beide Abgeordnete erfreut.

WIR SIND FÜR SIE DA!



facebook.com/
MdLPrange
hannanaberspd



instagram.com/
prangemdl
hanna_naber

SPD 
LANDTAGSFRAKTION
NIEDERSACHSEN

Bürogemeinschaft Naber & Prange

Huntestraße 23
26135 Oldenburg

Tel.: 0441 361175-13 / 0441 361175-12

E-Mail: wahlkreisbuero@hanna-naber.de
wahlkreisbuero@ulf-prange.de

Redaktionsschluss: 20. November 2020

Verantwortlich im Sinne des Presserechts
(ViSdP): Hanna Naber & Ulf Prange

Redaktion: Sabine Bohlen, Alina Finke,
Theis Hellmann &
Oliver Schwichtenberg